



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW

Freiheit ist das höchste Gut: Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR

Der Landtag wolle beschließen:

In diesem Jahr jährt sich der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zum 70. Mal. Diesen Jahrestag nimmt der Schleswig-Holsteinische Landtag zum Anlass, den mutigen Menschen des Aufstandes von vor 70 Jahren für die Freiheit seine Anerkennung und seinen Respekt zum Ausdruck zu bringen. Der 17. Juni 1953 war der erste von weiteren Aufständen in Osteuropa, die versuchten, die sozialistischen und kommunistischen Diktaturen im Ostblock ins Wanken zu bringen: Ungarn 1956, Prager Frühling 1968, bis hin zu Polen 1980 und der friedlichen Revolution 1989 in der DDR, die zur Wiedervereinigung führte.

Der Landtag gedenkt den Opfern des Aufstandes und allen Menschen, die während der Herrschaft des SED-Regimes durch die Verfolgung der Sicherheitsapparate zu Tode gekommen sind oder aus politischen Gründen verhaftet und ihrer Freiheit beraubt worden sind, weil sie als Andersdenkende als Bedrohung für das diktatorische System angesehen wurden.

Allen, die sich heute für die Freiheit in Deutschland, Europa und der Welt einsetzen, drückt der Landtag seine Solidarität und Unterstützung aus. Der Landtag lehnt politische Systeme ab, die ihre Bürgerinnen und Bürger mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Repressalien unter Druck setzen, einer bestimmten Staats- oder Parteiideologie zu folgen und die Menschen ihrer Freiheit berauben und sie in dieser einschränken.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung und die Träger der politischen Bildung, Angebote vorzuhalten und Angebote zu unterstützen, die sowohl Schülerinnen und Schülern, aber auch allen anderen Bürgerinnen und Bürgern den historischen Kontext und die Bedeutung des Volksaufstandes zugänglich machen und damit die Erinnerung an den mutigen Einsatz der Frauen und Männer für ihre Freiheit und die Freiheit eines ganzen Volkes zu bewahren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates und zu den Grundfesten der Bundesrepublik Deutschland: Einigkeit und Recht und Freiheit. Die Demokratie, der Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft und die Freiheit sind zentrale Säulen unseres Zusammenlebens. Der Wert von Freiheit und Demokratie muss von jeder Generation wieder neu erkannt und mit Leben erfüllt werden. Als Schleswig-Holsteinischer Landtag verstehen wir uns fraktionsübergreifend als Vorbild für eine lebendige Demokratie und wollen das Leben in Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger mit unseren Entscheidungen vorantreiben.

Begründung:

Der 17. Juni 1953 ist in der deutsch-deutschen Geschichte untrennbar mit dem Aufbegehren von über 1 Million DDR-Bürgerinnen und Bürgern gegen das totalitäre Unrechts-Regime der DDR verbunden. Bereits ab Mitte 1952 übte die SED als politische Führung der DDR starken politischen und wirtschaftlichen Druck auf unterschiedliche Gruppen aus, um ihr ideologisches Ziel – den planmäßigen Aufbau des Sozialismus – zu forcieren.

So unterlagen z. B. die Landwirte unrealistischen Ablieferungszwängen, und erzwungenen Beitritten zu „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ sowie die Kirchen und vor allem ihre Jugendbewegung waren ebenfalls Repressalien ausgesetzt, die u. a. Schulverweise für engagierte Jugendliche beinhalteten. Zum 1. Juni 1953 erhöhte die SED-Führung die Arbeitsnormen für abhängig Beschäftigte, was de facto eine große Lohnkürzung zur Folge hatte. Durch einen Besuch der SED-Spitze Anfang Juni in Moskau wurde auf Druck der sowjetischen Parteiführung ein Großteil der Repressalien wieder zurückgenommen – bis auf die Normerhöhung für die Arbeiterschaft. Dies führte am 16. Juni 1953 zu einer Arbeitsniederlegung der Bauarbeit am Prestigeprojekt der DDR, der Bebauung der Ost-Berliner Stalinallee.

Am 17. Juni wurde in fast allen größeren Industriebetrieben der DDR und Ost-Berlins gestreikt und Funktionäre des DDR-Apparates für abgesetzt erklärt. Der Forderungskatalog entwickelte sich rasch von konkreten Forderungen, wie z. B. der Aufhebung der Arbeitsnormen, zu allgemeinpolitischen Forderungen nach freien Wahlen, der deutschen Einheit und der Ablösung der SED- und Staatsspitze. Der Aufstand wurde durch den Einsatz der sowjetischen Armee in Berlin und der DDR niedergeschlagen, dabei scheute das SED-Regime nicht davor zurück, Panzer gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Diese Ereignisse unterstrichen den Unrechtscharakter des Regimes. Der aus dem Volksaufstand resultierende Feiertag in der Bundesrepublik Deutschland symbolisierte das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes und die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung.

Knapp acht Jahre später errichtete das Unrechts-Regime der DDR die Mauer, die die Trennung beider deutschen Staaten noch weiter verfestigte, die Stadt Berlin in zwei Teile trennte und viele Familien für lange Zeit auseinanderriss.



Wiebke Zweig
und Fraktion



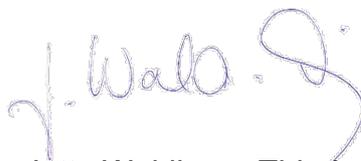
Malte Krüger
und Fraktion



Sophia Schiebe
und Fraktion



Christopher Vogt
und Fraktion



Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion